

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ

der Sozialdemokratie deutscher Zunge

N. 6.

Sonntag, 9. November.

werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
nommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Preisabrechnungen von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3. — für Deutschland (Grosch)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Grosch)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).

Die dreispaltige Zeile
25 Gts. — 20 Wfr.

1879.

Wiss an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.
Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bzw. verboten wird und die dortigen Behörden sich alle Mühen, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. diese von dort aus und unter Leitung, und sonstigen Verbindungen nach dort abzulassen, so ist die äusserste Eile bei der Beschaffung von Briefen und sonstigen Nachrichten zu beobachten, die Briefmarken aber den wahren Absender aus dem Briefe zu tilgen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptversteher ist hier eigens, dass unsere Freunde so schnell als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag schriftl. oder mündl. senden, sondern es möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs senden, welche wir dann mit uns in Verbindung setzen, andrerseits aber, dass auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhafte Fälle empfiehlt sich demnach die Besetzung des Briefumschlages mit dem Namen eines Bekannten, welcher an uns schreibt, werden wir gewiss weiter Wege noch gehen können, um auch aller entgegenstehenden Schwierigkeiten des „Sozialdemokrat“ unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

An die deutschen Parteigenossen!

Freunde und Gesinnungsgenossen!

Nachdem es uns durch Schaffung eines gemeinsamen Parteiorgans wieder möglich geworden ist, zu einander zu reden und unsere Parteiangelegenheiten, soweit sie sich unter den heutigen Umständen für die Öffentlichkeit eignen, öffentlich zu behandeln, wird es eine unserer ersten Aufgaben sein müssen, in ausgedehnterem Masse als bisher für diejenigen Genossen zu sorgen, die ihrer Überzeugung wegen ins Gefängnis geworfen, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes aus ihrer Heimat und von ihrem Gewerbe getrieben und sonstwie durch politische Maßregelungen ihrer Existenzquellen beraubt worden sind. Die Zahl unserer Inhaftirten ist noch immer groß und wie die Dinge jetzt liegen, kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, dass sie sich eher vermehren, als vermindern wird.

Und die Zahl der Ausgewiesenen — der Opfer des Berliner Belagerungszustandes — nimmt fortwährend zu. Das Jahr, für dessen Dauer der Belagerungszustand proklamiert wurde — eine längere Zeit läßt das Gesetz nicht zu — ist in wenigen Wochen abgelaufen, und die Regierung will ihn verlängern. Die Massenarrestationen, zu denen sie plötzlich wieder gegriffen hat, haben zum Hauptzweck, die öffentliche Meinung durch die Verbreitung der Verbrechen und die öffentliche Meinung der geplanten Verlängerung des Belagerungszustandes günstig zu stimmen. Vielleicht hofft man auch, durch die massenhaften Ausweisungen, die uns bedeutende Geldopfer auferlegen, die Partei, der man sonst nicht beikommen kann, müde zu machen. Auffallend ist jedenfalls, dass die Polizei sich regelmäßig Familienmitglieder ausucht.

Ueberhaupt ist die Situation eine solche, dass wir auf eine Verschärfung der Reaktionsmaßnahmen und auf ausgedehntere Verfolgungen gefasst sein müssen!

Da gilt es, das Gefühl der Solidarität im vollsten Maße zur Geltung zu bringen.

Alle für Einen, Einer für Alle — war stets die Losung unserer Partei, und stets wurde es als heilige Pflicht anerkannt, den Gefangenen, ausgewiesenen und sonst von den Verfolgungen des Polizeistaats betroffenen Genossen beifend zur Seite zu stehen und ihnen die Sorge um die Familie abzunehmen.

Wir wissen wohl, dass unter den obwaltenden Verhältnissen es keine verlässlichen Schwierigkeiten hat, für solche Zwecke Geld zusammen zu bringen; aber es muß geschähen und an den Opfermuth der deutschen Sozialdemokraten ist noch niemals umsonst appelliert worden! Seit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes hat bisher die Unterstützung auf vergleichungsweise wenigen Schultern gelastet. Das Gros der Genossen konnte nicht herangezogen werden! Dies kann und muß nun geschehen. Einzelnen darf nicht überlassen bleiben, was Sache der Gesamtheit ist. Und für Einzelne ist auch die Last zu groß.

Genossen, Freunde! Jeder von Euch hat die Pflicht, für die Opfer des Kampfes einzutreten. Und von Jedem von Euch erwarten wir, dass er seine Pflicht erfüllt.

Jeder muß beistehen, soweit seine Kräfte reichen! Jeder muß in seinem Kreise zur Pflichterfüllung aufspornen!

Freunde! Sammelt in allen Häusern und Verhältnissen, wo Ihr wist, dass sich treue Genossen finden. Sammelt, wo sich die Gelegenheit bietet! Sammelt überall mit Eifer und mit Vorsicht.

Mit Vorsicht, — denn obgleich das Sammeln nicht gegen das Gesetz verstößt, so ist es doch gut, überflüssige Konflikte mit den Polizeiorganen zu vermeiden.

Damit aber auch der Betrag der Sammlungen seiner richtigen Bestimmung zugeführt werde, empfiehlt es sich, das gesammelte Geld an die Euch als zuverlässig bekannten Adressen in Deutschland zu schicken. Wer keine ganz zuverlässige Adresse hat, der erkundige sich bei der Redaktion des „Sozialdemokrat“, die ihm gern die nöthige Auskunft ertheilen wird.

Für besseren Kontrole möge bei jeder Sendung bewahrt werden, unter welchem Zeichen die Zustellung im „Sozialdemokrat“ erfolgen soll.

Gebt Jeder sein Scherlein, damit unsere Nachkommen nicht sagen können, wir hätten, durch Verfolgungen eingeschüchtert, unsere Freunde in der Noth verlassen, in die sie gerathen sind, weil sie für unsere Sache gewist.

Die, welche sich für uns geopfert, haben ein Recht auf unsere Unterstützung!

Kein weiteres Wort mehr! Ehne Jeder sein Scherlein!

Deutschland, den 24. Oktober 1879.

Sozialistischer Arbeiterkongress zu Marseille.

In der zweiten Sitzung, welche am 21. Oktober stattfand und vom Vgr. Salomon präsidirt wurde, wurden zuerst Zustimmungsbefehle von Angoulême, Amiens und Noreuil verlesen.

Hierauf erstattete Vgr. Delmas Namens der Syndikatskammer der Marceller Lohgerber über die frühere und jetzige Lage seines Gewerbes, welche letztere er als traurig schildert, Bericht. Als einziges Hilfsmittel aber, die schlechte Lage des Arbeiters zu bessern, anerkennt er die Affoziation aller Arbeiter, weshalb er den Antrag stellt: 1) dass sich alle Arbeiter je nach ihren Gewerkszweigen in Syndikatskammern gruppiren; 2) dass sich diese verbänden sollen und 3) dass zu deren Leitung ein Centralinstitut mit dem Sitz in Paris errichtet werden soll.

Vgr. G. Vedier referirt über die Lage der Metallarbeiter im Norddepartement; von den Einzelheiten ist als besonders schädlich die Lage der Arbeiterinnen in den mechanischen Werkstätten hervorzuheben, welche regelmäßige Nachtarbeit haben, bei einer Temperatur von 40—45 Wärmeegraden 22 Stunden arbeiten müssen und dafür höchstens 2/3—3 Franken erhalten. Außerdem ist ihre Arbeit sehr gefährlich und der Verlust von Fingern, ja der ganzen Hand durch die Maschinen nichts seltenes; eine Entschädigung für solche Unfälle wird aber nie gewährt.

Vgr. Forssier schildert die Arbeits-, Lohn- und Unterrichtsverhältnisse in den Kohlenwerken des Norddepartements in lebhaften Farben. Von einem Unterricht der Kinder ist kaum die Rede, da diese, um zum Unterhalt der Familie beizutragen, täglich 12—14 Stunden für einen Hungerlohn in den Gruben arbeiten müssen; kommen sie dann aber erkrankt in die Schule, so bekommen sie dort nichts als Katechismus, Gebete u. dgl. Abglauben zu hören. Die Lohnverhältnisse haben sich seit 30 Jahren immer verschlechtert, denn die Lebensmittel sind seit dem um mehr als 50% die Löhne aber kaum um 1/2 gestiegen. Die Sicherheitsvorrichtungen und die Knappschaffstassen sind in dem schlechtesten Zustand.

Weiter berichtet die Vgr.: Tranier über die Lage der Landarbeiter, der Möbelsticker und der Schneider von Toulouse und Umgebung, wobei er namentlich konstatiert, dass auch unter den ersten die Zahl der bereits eine bessere Einsicht hinsichtlich der Bestrafungen der ausgeklühten Arbeiter Plaz zu greifen beginnt; Prät von Lyon über die Verhältnisse der dortigen Lederverarbeiter; Delafortue über die Lage der Metallarbeiter und der Leinen- und Baumwollarbeiter von Lille; Beyghin über die in Folge der besonders großen Zehnerung der Lebensmittel besonders traurigen Arbeiterverhältnisse im Norden; Poudon über die landwirthschaftlichen, industriellen, Handwerker- und Handelsverhältnisse, aber die überaus schlimme Lage des niederen Eisenbahnpersonals und die schädliche Konkurrenz der Gießereien und Klöster in Rompelier.

Vgr. Auguste erstattet Namens der „Société générale des agriculteurs“ von Aix ein sehr instruktives Referat über die Arbeits- und Erwerbverhältnisse der französischen Landwirtschaft, auf welches wir vielleicht späterhin noch einmal zurückkommen.

Nachdem noch zwei unvollständige Berichte über die industriellen Verhältnisse Lyons und Viennes zum Abdruck dem „Bulletin officiel“ überwiehen worden, wird die Sitzung geschlossen.

Der dritten Sitzung vom 22. Oktober, welche von mehr als 1000 Zuhörern besucht war, präsidirt Vgr. Sonne. Zu Beginn der Sitzung gelangen die Antworten des Kongresses auf die eingelaufenen Begrüßungsschreiben, sowie einige Sympathieabrisse an den Kongress zur Verlesung.

Hierauf folgt der Bericht der Bürgerin Hubertine Auclet, Delegirten der Pariser Gesellschaft der Frauenrechte und der Arbeiterinnen von Belleville, über die Frauenfrage. Derselbe ist nächst dem Referat Lombards (wenn auch in ganz anderer Art und andern Grad als dieser) wol der bemerkenswertheste der zahlreichen bis jetzt erstatteten „rapports“. Hubertine Auclet schmeichelt, obgleich sie freudig anerkennt, dass der Kongress der erste Wahlskörper sei, welcher die Frauen als vollkommene gleichberechtigte Mitglieder aufnehme, — den Arbeitern doch im Gegensatz zu manchen andern Rednern keineswegs, sondern sagt ihnen vielmehr recht über die Wahrheiten, die auch auf einen großen Theil unserer deutschen Genossen Anwendung finden und von diesen daher wol beherzigt werden mögen. Rednerin beginnt mit einer scharfen Predication ihres Standpunktes, indem sie betont, dass sie nicht als Arbeiterin, sondern lediglich als Weib spreche, welche Eigenschaft allein, schon sie als Unterdrückte und Ausgebeutete kennzeichne und ihr ein Recht gebe, von den gegen jede Unterdrückung kämpfenden Proletariern Anerkennung der Rechte ihrer Leidensgefährten und Unterstützung in deren Streben nach Befreiung zu fordern. Das Weib ist in unserer heutigen Gesellschaft auf den Untergrund der Knechtschaft herabgedrückt, sie ist die Skavin des Sklaven und politisch vollkommen recht-

los. Und diese drückende Fessel ist nicht einmal von der großen Revolution, welche so viele Ketten gebrochen hat, gelöst, noch auch nur erleichtert worden. Die Frauen vor allem hatten für die Revolution gearbeitet und als sie dann als Lohn ihre Freiheit forderten, machte man sie lächerlich und insultirte sie, Chauveteau sagte sie aus dem Stadthaus und der Konvent schloß ihre Klubs und verbot ihnen, sich zur Beipredigung öffentlicher Angelegenheiten zu versammeln. Und dies that er zur selben Zeit, als er laut über alle Welt hin die Menschen- und Bürgerrechte der Freiheit und Gleichheit verkündigte! Rehnlich aber handeln zahlreiche Arbeiter und selbst nicht wenige Sozialisten, welche mit tonender Stimme die Emanzipation des Proletariats fordern, ohne dabei im mindesten an eine Befreiung der noch ärger unterdrückten Frauen zu denken. Viele von Euch haben über diese Frage kaum jemals nachgedacht. Und doch, wenn ich in dieser stattlichen Versammlung die Frage stelle: Treuet Ihr ein für die menschliche Gleichheit? — so würden mir sicher alle mit Ja antworten; denn die große Gleichheit der Männer verheißt unter menschlicher Gleichheit die Gleichheit der Männer! Wenn ich aber die Frage so stelle: Stimmt Ihr für die Gleichheit von Mann und Weib? — da würden mir wol Viele antworten: Nein. Nun, was redet Ihr denn dann von Gleichheit, wenn Ihr, selbst unter dem Joch der Knechtschaft, Einerseits wieder andere Menschen knechten wollt? Was beschwert Ihr Euch über die herrschenden Klassen, da Ihr doch daselbe, was sie gegen Euch thun, gegen die Frauen thut? Ihr könnt Eure Forderung nach Befreiung nur auf die Gleichheit alles, was Menschenangeficht trägt, gründen. Oder, wenn Ihr Eure Rückforderungen nicht auf die Gerechtigkeit und das natürliche Recht basirt, wenn Ihr, Proletarier, selbst Privilegien, nämlich die Vorrechte des Geschlechtes, erhalten wollt, — welchen Rechtsgrund habt Ihr dann für Eure Beschwerden gegen die Vorrechte der Klasse? Was könnt Ihr den Herrschenden, die Euch unterdrücken und ausbeuten, vorwerfen, wenn Ihr selbst das menschliche Geschlecht in höhere und untergeordnete Wesen theilt? Nachdem Rednerin die natürliche Gleichberechtigung des Weibes mit dem Manne nach verschiedenen Gesichtspunkten erörtert, fordert sie auch ökonomische Unabhängigkeit für das Weib und weist nach, wie die als Mutter und Hausfrau waltende Frau keineswegs vom Manne „ernährt“ werde, sondern sich ihren vollen Antheil am Einkommen des Mannes durch ihre Arbeit verdiene. Der Frau muß der volle Ertrag ihrer Arbeit ebenso gesichert sein, wie dem Manne und auch politisch, bei allen Wahlen des Staates und der Kommune muß sie gleichberechtigt mit dem Manne sein. Diese Forderungen der Frauenrechte müssen die Proletarier von ihren Mandatären anerkennen lassen gleich ihren eigenen Rechten — dies soll ein Zeichen für die Zukunft sein, um die Opportunisten, die Verdächtigten von morgen zu erkennen. Wenn Ihr frei sein wollt, Proletarier, so hört auf, ungerecht zu sein und treuet ein für die Gleichheit aller Menschen!

Die Bürgerin Louise Tardif erklärt die Thatsache, dass sich die untergeordnete Lage des Weibes aller wissenschaftlichen und politischen Fortschritte ungeachtet bis jetzt so gut wie ungebessert habe, hauptsächlich aus der abergläubischen und auch sonst lüdenhaften Erziehung des weiblichen Geschlechtes, welche dieses an der Erkenntnis und Wahrnehmung seiner Rechte hindere.

Im weitem Verlauf der Debatte ergreifen die Bürgerin Dauchier, Bernard, Tranier, Allou, Godefroy, Hébrard, Delfand und die Bürgerinnen Chaussey und Graves das Wort, um sich in der sympathischen Weise, und größtentheils im Sinne radikalster Anerkennung der Gleichberechtigung der Frauen auszusprechen.

Die Weltausstellung in Berlin.

Veizia, 31. Okt. Es war ein dümmes Streich von der deutschen Propaganda, so dümm, wie er nur gedacht werden konnte, als sie nach dem industriellen Expon in Philadelphia, durch ihren das gegen die französische Republik gerichteten und durch die Nichterfüllung der Weltausstellung in Paris unterdrückten.

Die deutsche Industrie ist keineswegs in so elender Verfassung, als das sie keinen neuen Aufschwung zu nehmen vermöchte und so hätten auch schon damals durch Staatszuschüsse an Industrielle und Arbeiter dieselben zu außerordentlichen Leistungen angezogen werden können, so das Deutschland, wenn auch nicht die Palme selbst, so doch einen Palmzweig auf dem großen internationalen Weltfeste leicht errungen hätte.

Wahrscheinlich über rühte Deutschland immer mehr und zwang die andere Nationen gleichfalls in die schwere, kaum mehr erträgliche Haltung. Doch war die deutsche Regierung allein in so folchem internationalen Gleichgewicht, sondern auch das deutsche Volk, wenigstens in der überwiegenden Mehrzahl seiner Vertreter, die allen Wünschen der Reichsregierung in Bezug auf die Weltausstellung vollkommen bestimmet. Sprach doch noch ganz frisch ein „liberales“ Wort aus, „dass die geniale, segensreiche Erfindung der Eisenbahn ein neues Zeitalter der Fortschritt der andern Nationen dazu zwingt, gleichfalls ihre Kräfte auf einen ähnlichen Wettkampf zu stellen. Ein Weltkongress eine „geniale, segensreiche Institution“ zu nennen — vermag in der ganzen Welt wol nur allein ein national-liberaler Dummhans!

Wenn aber eine Nation, die an sich nicht wohlhabend ist, wie die

...schon, fortwährend die Steuerkraft des Volkes für Militärzwecke in Anspruch nimmt, dann kann sie natürlich für Kulturzwecke nichts leisten. Und hierfür machen wir die deutsche Nation, wie wir schon angedeutet, mindestens ebenso verantwortlich, wenn nicht mehr, als die Reichsregierung. Deshalb wählt sie in die gesetzgebenden Körper Regierungskandidaten, anstatt freie Männer?

Unter diesen Umständen werden wir plötzlich durch die Nachricht überrascht, daß man eine Berliner Weltausstellung plane und zwar für das Jahr 1885. Eine solche Ausstellung nun kostet Geld, sehr viel Geld! Sie wird auch nicht wie die letzte Pariser ihre Kosten decken, da Berlin nicht die Anziehungskraft für Fremde hat, wie Paris; — aber dennoch befragen wir die Idee selbst mit gewisser Freude.

Eine Weltausstellung, zu welcher die Vertreter aller Nationen zusammen-eilen, hat nicht lediglich auf industriellem und künstlerischem Gebiete Nutzen, so hoch derselbe auch immerhin angesehen werden muß; nein, der höchste Nutzen ist zu suchen im allgemein kulturellen Gebiete. Die Nationen nähern sich und wie sie sich auf den Kassenmordfeldern hassen lernen, so lernen sie sich auf dem friedlichen Wettstreit der Ausstellungen achten, werth schätzen und nach und nach lieben.

Alle Weltausstellungen sind somit Stationen auf dem großen Wege der Weltverbündung.

Einen großen Fehler haben dieselben allerdings noch; es ist zu wenig Gelegenheit gegeben, daß auch die Arbeiter fremder Länder die Ausstellungen besuchen können. Von den verschiedenen Gewerkschaften frei gewählte Vertreter müßten auf Kosten der einzelnen Staaten in möglichst großer Zahl zu den Ausstellungen entsandt werden. Dadurch würden die Industrie und der Gewerbestand sehr gefördert werden. Für die Industriellen bringen ja die Staaten immer einen sehr großen Theil der Kosten auf, warum nicht für die Arbeiter?

Wenn wir also im Ganzen genommen die Weltausstellungen und so auch die Idee in Berlin eine solche abzuschaffen, mit Freuden begrüßen, so lauden doch gegen letztere gerade in jetziger Zeit die gerechtesten Bedenken auf. Wir befürchten keineswegs, daß die französische Republik so unwohl sein würde, Meines mit Gleichem zu vertheilen und die Berliner Ausstellung nicht zu besuchen. Und auch alle anderen Nationen würden dem Kaufe folgen, da ja Berlin in der That an der Reihe ist und ihm die Ehre einer Weltausstellung gebührt. Wir befürchten auch nicht, daß die Deutschen auf ihrem eigenen Boden eine industrielle Niederlage erleiden würden. Wir haben die Gewerbeausstellung für Berlin in diesem Jahre besucht und konnten dem ganzen Arrangement und den ausgestellten gewerblichen Leistungen unsere Achtung nicht ableugnen. Nur eine noch erhöhte Anstrengung, so würden in einzelnen Branchen die Berliner und viele andere deutschen Industrien ganz gewiß auf der Weltausstellung den ersten Preis erringen.

Aber es sind ganz andere Bedenken, welche uns beschäftigen. Zugleich mit der Nachricht einer Berliner Weltausstellung lautet noch die bestimmtere Nachricht einer nachmaligen Armeevergrößerung auf. Seit sich in den jüngsten deutschen und französischen Wäldern die Streitkräfte beider Staaten gemessen, haben man den Stand der eisenhaften Heere des Reiches und Frankreichs in vielen Beziehungen „nicht mehr anstreifend“. Frankreich kann jetzt bereits 369 Batterien mit 2214 Geschützen aufstellen, während Deutschland „nur“ über 300 Reibbatterien mit 1800 Geschützen und unter Hinsichtung von 54 Reservebatterien zusammen über 354 Batterien mit 2124 Geschützen verfügt. Da es nun „dringend“ nöthig ist, daß Deutschland „heute“ mit der größten Anzahl von Geschützen auftreten kann, so bleibt nichts übrig, als eine neue entsprechende Vermehrung.

Diese und andere militärische Reformen kosten natürlich ein hübsches Stück Geld, nämlich gering gerechnet eine jährliche Budgeterhöhung von circa 25 Millionen. Weiter will man das früher schon einmal in das Budget gestellte Kasternisungsgesetz in dem bevorstehenden Winter im Reichstage wieder einbringen. Bei der jetzigen Zusammenlegung der eisenen Körperlichkeit wird das Gesetz auch zweifellos angenommen und das bedeutet eine einmalige Ausgabe für Militärzwecke von 280 Millionen Mark!

Die eisenen Militärzwecke sind längst verpuffert — und wo will man diese Summen wieder hernehmen? Das ausgelagerte Volk wird eben noch mehr ausgelagert. Das ist die ultima ratio Bismarckii!

Aber Bismarcks neue Zoll- und Steuererlässe? Nun, das Korn ist schon aufgeschlagen, ehe noch der Kornzoll eingeführt worden ist — aber in Folge der bevorstehenden Einführung des Bolles! In diesem einen Zuge liegt die bestmögliche scharfste Begründung des Bismarck'schen Systems. Aber auch der Raucher selbst: Der Staatsmann, der an der Spitze des deutschen Reiches steht, vertheuert dem hungernden, bettelarmen deutschen Volke noch das Brod!

Die arme Volkspolizei hat aber auch direkt in Bezug auf die projektirte Berliner Weltausstellung einen sehr bedenklichen Vorkurs. Man mühte nämlich den Ausstellungsbesuchern zu, daß sie in einem Lande ihre Produkte ausstellen sollen, dem sie dieselben nicht zum Verkaufe anbieten können, weil der Staat die Produkte in einer Weise vertheuert, daß der deutsche Verbraucher ebensowohl lieber die schlechtere deutsche Waare, als die bessere auswärtige nimmt. Dieser Punkt hätte scharflich zur Folge, daß die auswärtigen Industrien nur wenige Produkte, die geringe Kosten machten, ausstellen würden, und daß so die Weltausstellung viel von ihrem Glanze und ihrer sonstigen Reize verliere dürfte.

Und zum Schluß fällt noch einzuwachen ins Gewicht das Sozialistische Engesetz und der über Berlin verhängte schmachvolle Belagerungs- und Hungerzustand, der unter mittelalterlichen Regierungsführung ähnlich steht, wie ein Eis dem andern — es fehlt nur noch, daß der dicke Mann mit einem roten Hemdemanuel bedeckt wird, wenn er die Ausweisungsbefehle für friedliche Familienmitglieder unterzeichnet oder einen Ausgewiesenen, der heimlich seine heimliche, merkante Frau besucht, vom Krankenbette röhren und in die Fremde jähren lassen läßt. Was, der Schande!

In solche Stadt gehört keine Weltausstellung, gehört kein internationales Verbrüderungsfest!

Ehe die deutsche Reichsregierung nicht gründliche Umkehr hält, ehe sie den Weg des Hasses, der Volkshochachtung und des Militarismus nicht verläßt, wird keine andere Nation Beitragen zu ihr haben, und eine Berliner Weltausstellung würde nicht anders sein als ein Vossenspiel.

Ehe aber das deutsche Volk sich nicht ermannet, ehe es in seine Vertretung nicht Männer entsendet, anstatt Weiber und Heulmeister, ehe wird die Regierung die bösen Wege, auf die sie, die Nation führt, nicht verlassen!

Sozialpolitische Rundschau.

„Rechte Wache ist im Deutschen „Vorstaat“ der nach dem famosen Dreiklassenwahlsystem gewählte Landtag eröffnet worden. Was das Volk von dieser ehrenwerthen Versammlung zu erwarten hat, bedarf gar nicht erst einer weiteren Ausführung; es genügt vollkommen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in dieser „Vollvertretung“ das eigentliche Volk so gut wie gar nicht vertreten ist, daß die Majorität in den Händen der Junker und Pfaffen liegt, und daß, wo etwa diese nicht ohne Faubern nach der Pfeife des allmächtigen Bismarck tanzen sollten, sofort die edlen Nationalliberalen zu jedem von ihnen geforderten Herrendienste bereit sind — trotz, oder viel mehr, ihrer Hundennatur entsprechend, gerade wegen der bisher empfangenen, überreichen Schläge. So hat der Nationalliberalismus gleich zu Beginn des Landtags wieder ein Fiasko erlitten, wie es kaum größer gedacht werden kann, indem statt des von ihm kandidirten Benutzen ein Konservativer, v. Böcker, zum Landtagspräsidenten gewählt und dadurch der Liberalismus auch aus dieser „alten besetzten Position“ verdrängt worden ist, und zwar mit der starken Mehrheit von 318 gegen 164 Stimmen. Trotz des sehr begreiflichen Jammers über diesen Verlust aber ist diese Partei der moralischen Prostitution sofort bereit, ihre zweifelhaftesten Reize aufs neue zu verschärfen und scheint es in der That auch, als ob ihr Angebot nicht ganz ausfallslos wäre. Die konservativ-ultramontane Mehrheit ist Bismarck schon ganz recht, aber nur insofern, als sie ihm seine Arbeiten besorgt. Da diese Parteien aber, was auch sonst ihre Schattenseiten sein mögen, jedenfalls unergleichlich mehr Selbstbewußtsein und Selbstständigkeit haben, als der rückenmarks-

schwache Liberalismus, und Bismarck daher befürchten muß, daß sie sich keineswegs mit der Rolle eines Werkzeuges begnügen werden, so will er aus Nationalliberalen und Konservativen sich eine allezeit gefügige „Mittelpartei“ bilden. Bis jetzt, und vorzüglich bei der Präsidentenwahl, hat er damit allerdings noch wenig Glück gehabt und soll er deshalb über letztere und da sie ihm eine „Toga“ in Aussicht stellt, die wenig nach seinem Geschmack ist, wenig erbaut sein.

Eines der ersten Geschäfte des Landtags betraf natürlich die Haupt-, ja so ziemlich einzige reelle Aufgabe der deutschen Parlamente und Parlamentarier, die Beschaffung des für den Staatshaushalt nöthigen Kleingeldes. Und da stellt sich denn die für das Steuerzahlergeschickte Volk die angestrichene Thatsache heraus, daß das preussische Defizit „blos“ — wie der neue preussische Finanzminister und ehemalige Sozialisten-Kommissionspräsident Bitter meint — 47 Millionen Mark beträgt! An eine Erleichterung der direkten Steuern, die man dem dummen Volk so lange als Honig auf die Nase strich, ist natürlich unter solchen Umständen nicht zu denken. Um nun das vielköpfige Thier Volk nicht gar zu lospfeifen zu machen, wird ihm nach dem Zusammendruck der alten Lüge eine neue vorgelegt. Die Regierung verweist es auf eine Steuerreform, die der Hauptsache nach im strikten Widerspruch mit den vom Reichstanzler bei den Volldebatten im Reichstage abgegebenen Erklärungen, die direkten Steuern im Prinzip beibehält und nur je nach der Finanzlage und den Ueberweisungen vom Reiche Steuererlässe eintreten läßt. Es wird jedoch gut sein, wenn sich die Steuerzahler auch von dieser Verheißung wenigstens möglich versprechen und sich bei Zeiten mit dem Gedanken vertraut machen, daß sie einfach neben den neuen indirekten auch die alten direkten Steuern ganz wie bisher fortzubehalten haben, wozu dann auch noch die Zinsen für das Anleihen, durch welche das Defizit gedeckt werden soll, zu bezahlen sind. Steuern zahlen, Soldat werden und Maul halten — sonst hat ja der glückliche deutsche „Unterschan“ nichts zu thun.

Höchstens noch ein wenig — hungern. Und darauf scheitern sich jetzt nicht nur viele Leute, sondern ganze Gegenden im deutschen Reich einzurichten. Von dem Hungeropfer in Thüringen und Braunschweig haben wir schon letzthin berichtet. Jetzt rückt auch Schlesien an. Der Kreis Rybnik, der von der Hungernöth her einen traurigen Ruf in Deutschland hat, wendet sich jetzt mit der Bitte um Hilfe gegen die drohende Noth während des bevorstehenden Winters an den Staat. Eine halbe Million Mark zu Ueberweisungen und 300.000 Mark als Beihilfe oder Darlehen für Chauvebauern im Kreise, hat der Reichstag zu beantragen beschlossen. Andere ober-schlesische Kreise kommen mit ähnlichen Anträgen.

Und angesichts all dieser Noth ist die Regierung in aller Seelenruhe damit beschäftigt, die das Brod vertheuernden Getreidezölle einzuführen und mehr Steuern als je bisher zu erheben. Wie weit muß der Magen des Deutschen noch zusammenschnappen, bis es in seinem Kopfe hell wird?

Schon in der kurzen Zeit, während welcher die neue deutsche Gerichtsorganisation annähernd funktioniert, haben sich in ihr eine Menge der größten Unzulänglichkeiten bemerkbar gemacht, welche die ganze Leichfertigkeit der neudeutschen liberalen Geschmacker wieder einmal in ein helles Licht stellen. An allen Ecken und Enden fehlt und die vor ihrem Gebrauch so herrlich blinkende, von einem verehrungswürdigen Publico maßlos angestaunte und ihre Konstrukteure mit Stolz erfüllende Maschine ächzt und krächzt jämmerlich und will nicht in Gang kommen. Es sind eben in dem „Reisterstück“ eine ganze Anzahl von Nähern ungenau gearbeitet oder von unhaltbarem Material hergestellt und nicht wenige fehlen ganz.

Da sind zum Beispiel ein überaus wichtiger Faktor des neuen Gerichtsverfahrens die Schöffen. Man kann ja vielleicht in der Einführung dieser Schöffengerichte im Prinzip einen Fortschritt, wenn auch einen sehr bescheidenen, nach der Richtung der Rechtsprechung durch das Volk erblicken, insofern, als in geringeren Rechtsfällen der juristisch gebildete Richter nicht mehr allein das Wort führt, sondern neben sich eine Mehrheit von Bürgern als Gerichtsmitglieder sitzen hat. Aber vor allem — von den übrigen den Fortschritt im Prinzip praktisch so ziemlich wieder autorität machenden Gesetzesbestimmungen ganz abgesehen — sind eben diese „Bürger“ Bourgeois und zwar solche von bewährtester Bestimmungsbüchigkeit, da nicht nur die Masse des Volkes durch den Zensus vom Richteramt vollkommen ausgeschlossen ist, sondern auch noch die der Staatsbehörde nicht ganz sicher scheinenden Jeniusleute durch ein zweckentsprechendes „Siebungs“-Verfahren nach Belieben dem Gericht ferngehalten werden können. Daß insolge dessen in allen Fällen, wo die Bourgeoisie den Angeklagten, resp. seine Handlung und die ihr zu Grunde liegende Idee — ganz abgesehen von der Frage der moralischen und selbst der gesetzlichen Schuld — als gefährlich für die Interessen ihrer Klasse bewußt oder instintiv erkennt, ein Bourgeoischöffengericht weit weniger Garantien für eine unparteiische Rechtsprechung bietet, als der juristische Richter, ist klar und hat sich da, wo die Schöffengerichte schon länger existiren, schon vielfach in eklatanter Weise erwiesen. Denn, wo der Klassengeist sich unbehindert von andern Einflüssen — wie beim rechtsgelehrten Richter die juristische Schulung einer ist — bethätigen kann, muß er sich stets rücksichtslos zeigen.

Wo aber dies Klasseninteresse nicht in's Spiel kommt, da verhalten sich die Bourgeoischöffen in den meisten Fällen vollkommen indifferent und lassen sich sowohl aus Gleichgültigkeit als aus unbegrenztem Respekt vor dem rechtsgelehrten Richter von diesem vollkommen leiten. Die Ausübung des Schöffenamtes ist ihnen dann lediglich eine lästige Pflicht, der sie ungefähr mit eben so viel Verständnis nachkommen, wie ein zum Kriegsgericht neben Offiziere kommandirter Soldat. Von einer Würdigung des hohen Berufes des Richters, von einer Erwägung der moralischen Verantwortung des Richters, von einer Erfassung des ganzen Ernstes ihrer Funktion — keine Rede! Recht bezeichnend für die vollkommene Unfähigkeit der Bourgeoisie zum Richteramt ist ein Geschichtchen, welches gegenwärtig durch die ganze Bourgeoispresse geht und von ihr sehr „lustig“ gefunden wird, ohne daß den Leuten einfällt, wie viel Ernst und wie viel — Schande für sie darin steckt.

Diese charakteristische Geschichte lautet folgendermaßen: Der erste Schöffe, der sich dem Berliner Amtsgericht I. vorstellt, war ein beleibter Geschäftsmann, G. mit Namen, der

sich einem Schreiber des Schöffengerichts, in mächtigen Wasserstiefeln und seinem Arbeitsanzuge, etwa mit folgenden Worten präsentirte: „Na, sagen Sie mal lieber Mann, Sie haben mir zum Dienstag als Schöffen vorgeladen, was habe ich denn da eigentlich zu thun?“ Der Beamte erklärt ihm seine Pflichten, worauf der Herr Schöffe erwiderte: „Ja, ja, ich sehe ja die große Ehre in, die mir wiederfährt, aber Dienstag, sehen Sie mal, Dienstag, Herr Gerichtsschreiber, unmöglich, erst des Geschäfts und dann die Ehre. Sehen Sie, auf die Ehre bin ich stolz, aber von des Geschäfts muß ich leben; ich schäme die Ehre hoch, aber leben kann ich doch nicht von ihr. — Dienstag komme ich nicht, ich kann beim besten Willen nicht, ich komme schon ein anderes Mal, wenn ich Zeit habe und wieder jenseits werde.“ — Wieder belehrt ihn der Gerichtsschreiber, daß er kommen müsse. — „Na, was kriegt ich denn Verjährung für meine Verjährung?“ fragt der Schöffe wiederum. — „Nichts“, entgegnete der Beamte. — „Nichts? Ne, das ist zu wenig, da sehe ich doch lieber meinem Geschäfte nach, ich kann Dienstag nicht“, repliziert der Schöffe.

„Sie müssen kommen“, antwortet wiederum der Beamte. „Na, was habe ich denn zu tun?“ fragt endlich beschwichtigter der Schöffe. „Sie müssen sitzen und Recht sprechen“, entgegnet der Schreiber. „Denn ich“ ich meine Frau“, ruft der Schöffe, „die sitzt jut un spricht den ganzen Tag lang und hat immer Recht.“ — Nach langem Hin- und Herdebattiren erklärt der Schöffe endlich resignirt: „Na, kommen werde ich, aber nicht in die Wasserstiefeln damit ich, wenn er alle is, auch gleich an die Arbeit gehen kann.“ — Die Ehre is ja groß, aber des Geschäfts am Dienstag tuitich; na, das schadt denn schließlich auch nicht, wir habens ja dazu!“

Und in den Händen solcher Menschen liegt das Wohl und Wehe des Angeklagten! Man stelle sich einmal vor, wie ein aufgeregter, politisch gebildeter Arbeiter, wie ein Sozialist seine Richteraufgabe auffassen würde, und man wird sich klar darüber werden, wie sehr die Bourgeoisie moralisch bereits Bankrott gemacht hat und in wie hohem Grade es eine Frage des Gemeinwohles ist, ihr so bald als möglich auch thatsächlich das Geschäft zu sperren und ihre Schwindelfirma ein für allemal aus dem staatlichen und gesellschaftlichen Register zu streichen!

Noch einen anderen interessanten und die Herren Gesetzgeber treffend charakterisirenden Umstand wollen wir für heute aus der großen Menge des uns über die neue Gerichtsorganisation vorliegenden Materials hervorheben. Ein Paragraph des Gerichtsorganisationsgesetzes gibt nämlich ohne weitere Direktive der Regierung das Recht, diejenigen Personen des Polizei- und Sicherheitsdienstes zu bezeichnen, welche als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft zu betrauten sind. Die Regierung hat nun als solche auf dem Verordnungsweg u. A. die sämtlichen Bürgermeister oder sie in der Leitung der Polizeiverwaltung vertretenden Magistratsmitglieder als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft bezeichnet, so daß z. B. die Verhältnisse selbst der größten Stadtgemeinden des Landes in vieler Beziehungen dem nächstbesten Staatsanwalt untergeben sind und sich von demselben nach §§ 80 und 81 des Ausführungsgesetzes zum Ger.-Verf.-Ges. „im Aufsichtsweg“ Rügen und Ordnungsstrafen gefallen lassen müssen. Eine würdige „Selbstverwaltung“ das!

Wie wir uns übrigens gerade einmal beim löblichen Justizdepartement befinden, wollen wir doch auch gleich zweier Nachrichten erwähnen, welche hinsichtlich des deutschen Gefängniswesens vorliegen. Der einen zufolge liegt es in der Absicht der Reichsregierung, statistisches Material für das Gefängniswesen im Reich zu beschaffen und „dasselbe für die Wissenschaft und Gesetzgebung nutzbar zu machen.“ Man soll beabsichtigen, vorzugsweise eine Personalstatistik der Verbrecher zu führen, den Lebenslauf und die Ueberlieferungen, die schädlich auf sie eingewirkt, in ihren Hauptzügen festzustellen, um aus ihrer Zusammenfassung und Vergleichung unter einander die fürwährend schädlichen Einflüsse, den Umfang und die delictische Gestaltung des Verbrechens zu ermitteln und hieraus weitere Schlüsse auf die zu treffenden Vorbeugungsmaßregeln zu gewinnen.

Das wäre nun — vorausgesetzt, daß das gewonnene Material auf einige Zurechtweisung Anspruch machen könnte, was bei den unter den Gefängnisdirectoren vorwiegenden Ansichten über Entstehung der Verbrechen und prinzipielle persönliche Verantwortlichkeit des Verbrechers sehr zu bezweifeln ist — ganz schön und gut, wenn sich absehen ließe, in welcher Art die Regierung die aus dem Material zu ziehenden Schlüsse nutzbringend verwenden könnte. Will sie vielleicht all die zahllosen Quellen der Verbrechen: schlechte Erziehung, Armuth, Hunger, Jörn über ungerechte Behandlung, Neid auf die kolossalen Besitzthümer der Reichen, Unterdrückung natürlicher Triebe durch widersinnige Einrichtungen, Verzehrung durch Kriege u. dgl. mehr verstopfen und die Hauptursache aller Uebelthaten: die Beherrschung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die rechtliche, politische und ökonomische Ungleichheit vernichten? Was sollte das schon recht sein, denn wir würden dadurch viel Zeit und Kräfte sparen, die eben von allem Anfang an keinem andern Ziel gewidmet waren. Da die Regierung aber diese Absicht kaum haben dürfte, so wird aus der wichtig angelegten Material-Sammlung, so wenig eine Verminderung der Verbrechen und eine Besserung der moralischen und gesellschaftlichen Zustände hervorgehen, als aus einer andern angelegten Maßregel der Regierung hinsichtlich des Strafvollzuges.

Dem Justizanschuh des Bundesrathes ist nämlich der lang erwartete Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes vorgelegt worden, in welchem u. A. Bestimmungen getroffen werden über die wichtigen Fragen der Einzelhaft, der Beschäftigung der Gefangenen, der Art der Strafvollstreckung bei jugendlichen Verbrechern und der Einführung der Prügelstrafe für männliche Gefangene, die sich nicht im Besitze der Ehrenrechte befinden.

Reker und Prügel — diese beiden Institutionen charakterisiren am besten unsere Zustände und sind die unentbehrlichsten Mittel zur Aufrechterhaltung der heutigen Staatsordnung. Sie ist allerdings auch darnach.

Der Militarismus hat im deutschen Reich wieder ein paar artige Blüthen getrieben. Man weiß, wie drakonisch, wie geradezu unsinnig die Militärgerichte jedes Vergehen gegen die militärischen Disziplinargesetze bestrafen, selbst wenn dasselbe im höchsten Grade provozirt worden war und jedes bürgerliche Gericht Freisprechung erfolgen ließe oder

doch mindestens alle möglichen, milderen Umstände annahm. Ist es doch erst wenige Wochen her, daß ein, Badenheimer Natur, weil er eine ihm von seinem Unteroffizier unter Mißbrauch der Amts Gewalt applizierte Ohrfeige zurückgegeben hatte, zu fünf Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde. Und wie beurtheilen nun dieselben strenge auf Nahrungsucht haltenden Militärgerichte schwere körperliche Vergewaltigungen gegen die Bürger? Der Fall des Würzburger Unteroffiziers Bude, der einen von ihm „arrestirten“ Studenten, das weiß ich, im Rausch davonlaufen wollte, erschoss und dann freigesprochen wurde, ist noch in frischer Gedächtniß. Indessen tonete sich Bude immerhin noch auf die „Wachordnung“ berufen, die ihm formell „Recht“ gab.

Kemeler'se Decretive Entschädigung aber stand dem jüngst vor dem Wiener Militärtribunal verhandelten Sergenten Dietrich vom 1. schweren Artillerie-Regiment (gleich Bude und fast allen bisher verurtheilt in u. Verhafteten an Sabelaffären und Soldatenschändern ein Freund) zur Seite, der eines Vergehens der Widerzeugung gegen die Staatsgewalt und eines Vergehens der schweren Körperverletzung beschuldigt war. Derselbe hatte nämlich, nachdem er in einer Gastwirtschaft, Straß angefangen hatte, sich geweigert, das Local zu verlassen und sich den patrouillirenden Gendarmen, als ihm diese die Arrestirung ankündigten, widersetzt, sodann den Gendarm Thümann durch einen Stich in das linke Knie verletzten, so daß dieser 28 Tage lang dienstunfähig war. Trotzdem aber diese Thatfachen beweiskräftig festgestellt waren, nahm das Militärgericht „Nothwehr“ an und sprach den Sergenten frei. Natürlich wird sich nun die Gendarmen hüten, sobald wieder gegen einen Landsturmbatall Herrn Soldaten einzuschreiten, und die Bürger haben demnach gegenüber den Unverschämtheiten der durch die ihnen gatahrte Straßlosigkeit nur immer ankämpfender werdender Sabelhelden auf keinen Schutz der „Sicherheits“-Behörde zu hoffen.

Das Allerunglaublichste, wol von keinem Menschen für möglich gehalten, hat aber das Kriegsgericht des zweiten schlesischen Landregiments in Raibitz fertig gebracht. Man erinnert sich wol noch der i. Z. wegen ihrer unerhörten Gewaltthätigkeit und Rohheit allgemeines Aufsehen hervorgerufenen Sabelaffäre von Plamp. Der Landregiments-Prinze drang am 2. August ds. nämlich in die Kammer des Scholzen (Gemeindevorstandes) Klimatscha und schrie, nachdem er von diesem aus dem Hause verwiesen worden war, mit seinen Soldaten zurück, die auf seinen Befehl das Haus des Klimatscha mit Gewalt erdrachten, den Scholzen in Raschleibern hervorholten, und in barbarischer Weise mit Prügeln und Säbeln bearbeiteten, worauf der Arme an die Steigbügel zweier Mannen gebunden und unter fortwährenden Mißhandlungen als „Arrestant“ zu verschiedenen Behörden und schließlich auf die Hauptwache in Raibitz transportirt wurde, von wo er jedoch alsbald entlassen werden mußte. Der famose „Ordnungswächter“ von Sergent wurde dieser Heldenthat halber wegen Hausfriedensbruchs und schweren öffentlichen Friedensbruchs, wegen schwerer Körperverletzung, widerrechtlicher Freiheitsberaubung und schließlich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt (der Scholz ist Verwalter der Lokalpolizei) angeklagt. Und die Sühne für all diese Verbrechen?

Man höre, was die Presse über den Ausgang der Gerichtsverhandlung berichtet:

„Der Sergent Heinz ist vom Kriegsgericht freigesprochen und für die von ihm begangenen militärischen Vergehen nur disziplinarisch bestraft worden. Infolge des freisprechenden Erkenntnisses ist nunmehr von dem Eskadron-Chef des i. Heinz, Herrn Rittmeister Zassen von der Osten, der Strafantrag gegen den Scholzen Klimatscha wegen Verleumdung gestellt worden.“

Der Verbrecher gegen die öffentliche Ruhe und körperliche Sicherheit freigesprochen, der Verletzte aber auch noch angeklagt — man sage noch, daß Deutschland nicht ein tadelloser „Rechtsstaat“ sei und in ihm nicht „Gleichheit vor dem Gesetz“ herrsche!

Dem österreichischen Volk ist von seiner geliebten Regierung letzte Woche wieder eine allerliebste Ueberraschung bereitet worden. Die Chronik hatte nämlich berichtet, daß das Defizit im Staatshaushalt ein sehr mäßiges sei und versprochen, daß dasselbe ohne Quasiprämie des Staatskredits und ohne Schädigung der Produktionskraft der Steuerzahler gedeckt werden solle. Jetzt aber stellt sich heraus, daß alle diese „fataleichen“ Versicherungen nichts als zitel Klunker und Schwindel gewesen sind. Angeblieh beträgt das Defizit nämlich 12 1/2 Millionen Gulden, was für das schon seit langem mit Schulden haubende Österreich verhältnißmäßig günstig, ja sogar gegen das Vorjahr eine bedeutende Besserung (um 7 Mill. Gld.) wäre. Aber die Aufstellungen des Finanzministers tragen das Gepräge der Lüge und Verschleierung an der Stirn und wenn man die künstliche Gruppierung der Zahlen erst durchschaut hat, erkennt man, daß das Defizit in Wirklichkeit wenigstens 24—30 Millionen Gulden, ja wahrscheinlich noch weit mehr beträgt, da die meisten Ausgaben zu nieder, die Einnahmen dagegen möglichst hoch angelegt sind. Zur Deckung des Ausfalls werden nun vorgeschlagen: eine indirekte Anleihe durch Veräußerung von Obligationen aus dem gemeinschaftlichen Fonds, Erhöhung der Petroleumsteuer, Erhöhung der Personentransportsteuer und eine Ergänzungsabgabe zur direkten Steuer. Und in welcher Weise sollen diese neue Lasten vertheilt werden? Schonung der Unberechtigten und Verletzung der berechtigten Interessen ist dem Programm der Regierung zu sein — so drückt sich selbst ein stammführendes Bourgeoisorgan, die „Neue Freie Presse“, aus, das sich allerdings, bezieht in der Opposition befindet und deswegen Dinge bemängelt, welche es bei einer „liberalen“ Regierung vollkommen billigen würde. Die vorgeschlagene Erhöhung der Zuckersteuer wird nicht eingeführt — sie würde ja die Reichen mehr als die Armen treffen; dafür wird die Petroleumsteuer, die eigentlich die Steuern der Arbeitenden und Armen desto mehr erhöht. Und wie macht sich das Bestreben der herrschenden Klasse, alle Lasten auf das Volk abzuwälzen, erst bei der Erhöhung der Personentransportsteuer geltend? Im Jahre 1877 verkehrten auf den österreichischen und den gemeinsamen Bahnen insgesammt ungefähr 32 Millionen Menschen, von welchen etwa 27,5 Millionen die dritte und vierte, über 4 Millionen die zweite und nur 400,000 die erste Klasse benutzten. Diese Passagiersteuer ist also eine Belastung, welche

zum größten Theile nur die ärmste Bevölkerung in geringerer Maßgabe den Mittelstand trifft und die Reichen fast gänzlich verschont. Die Einnahmen aus dem Personentransporte betragen 37 Millionen Gulden, aber die Reisenden der ersten Klasse hätten zu dieser Summe nur 2,5 Millionen Gulden beigetragen. Für sie würde sich die Fahrt durch die neue Steuer um 250,000 Gulden verteuern, während aus dem 23 Millionen Gulden betragenden Ergebnisse der dritten und vierten Klasse für den Staat 2,3 Millionen Gulden gewonnen würden.

Die Wirkung der Erhöhung dieser, sowie der übrigen zur Deckung des Defizits einzuführenden Abgaben ist demnach eine kolossale Mehrbelastung des ohnehin schon unter einer immensen Steuerlast leidenden und fast erliegenden österreichischen Volkes. Trotzdem denkt in der Regierung Niemand auch nur im Entferntesten auf Erparungen. Von einer Verminderung des Armeebudgets keine Rede — man darf noch sehr froh sein, wenn es nicht erhöht wird. Der Abenteuerzug nach Bosnien ist durch das Blut der Gefallenen und die 30 Millionen unmittlere Okkupationskosten noch keineswegs bestraft, vielmehr muß das österreichische Volk für die dauernde Besetzung der neuen Provinzen nicht weniger als 5 1/2 Millionen aufbringen. Und endlich präsentiert das biederer Kaiserhaus für seine Herrschermühe eine kleine Equivokation von nicht weniger als 1,650,000 Gulden jährlich — notabene für die österreichische Reichshälfte allein, denn Ungarn muß noch ebensoviel eingeben, so daß das Donauraich das Gegenstück monarchisch regiert zu werden, mit nicht weniger als 9 1/2 Millionen Gulden bezahlen muß! Zweifellos aber wird dem Steuerzahler die etwas starke Pille wesentlich verträglich, seine Last leichter und sein eigenes Elend erträglicher, wenn er die sachgemäße Verwendung dieser Summe für des Reiches Wohl in Betracht zieht, und an der Majestät des kaiserlichen Hofstaates, der ununterbrochenen Reihe lustiger Hoffeste, dem fernhaften Glanz der Burgbälle, den stolzen Kapalladen und süßeren Fuchsjagden, der „königlichen“ Pracht von Göttern und anderer kaiserlicher Lustschlösser und an anderen für jenes Geld angeschafften, aberaus notwendigen und nützlichen Dingen das bedrängte Herz erquickt! Oder sollte es wirklich Bösewichter geben, die angesichts von so viel Herrlichkeit an das bittere Elend des „niederer Volkes“ denken und meinen, daß alle diese Wunder der Monarchie entbehrlich seien und das Volk sich bedeutend billiger und besser selbst regieren könne?

Wir haben jüngst der telegraphischen Meldung von Arbeiterunruhen in Böhmen Erwähnung gethan und sofort unsern Zweifel an die Wahrheit der Mittheilungen der gewohnheitsmäßig läugerischen Bourgeoispresse, welche natürlich sofort den Arbeitern die Schuld brimessen, Ausdruck gegeben. Wie recht wir daran thaten, beweisen die nunmehr über die tschechische Affäre bekannt gewordenen Thatfachen. Die Mißstände in den Brüxer und Duxer Kohlenbergwerken sind in Nordböhmen seit langem landbekannt. Trotzdem thaten aber die Grubenbarone nicht nur nicht das Geringste zu deren Abstellung, sondern trieben in ihrem Uebermuth die Arbeiter dadurch auf's äußerste, daß sie einerseits diejenigen Arbeiter, welche jene Mißstände bekämpften und sie mangels Entgegenkommens der Arbeitgeber in einer Brochure der Deutschnation denunzierten, an die Luft setzten und denselben zugleich durch eine Konvention mit den übrigen Werkbesitzern Nordböhmens jede Aussicht auf Wiederbeschäftigung abschnitten, und andererseits, um den Lohn noch mehr zu drücken und die „aufständigen“ Arbeiter klein zu kriegen, eine Masse tschechischer Arbeiter von der preussisch-schlesischen Grenze kommen ließen. Als nun die bei der Lohnauszahlung willkürlich verkürzten Bergleute sich in Betriebsleistungshaus sammelten und volle Lohnzahlung und Abreise der herpedöckten Gehehen forderten, landte die Verwältigung sogleich zur Bezirkshauptmannschaft, mit dem Ersuchen, da die Arbeiter „Niemal einen größern Ertrag zu beabsichtigen schienen“, sofort Truppen zu Hülfe zu senden. In Wahrheit aber „beabsichtigten“ die Arbeiter so wenig einen Ertrag, daß das herbeigerufene Militär gar nicht einzuschreiten brauchte, sondern die Arbeiter auf die Zusage, daß die Berechtigung der Klagen und Forderungen der Arbeiter schnell erkennenden Kommissars Graf Ruenburg, doch alle billigen Forderungen Berücksichtigung finden würden, nach einer Protokollirung ihrer Beschwerden ruhig auseinander gingen. Und selbst auf den „Muth“ der Behörde die Lohnforderungen der Arbeiter befriedigt und die von der preussischen Grenze hergezogenen tschechischen Arbeiter auf Kosten der Werkleitung wiederum in ihre Heimath zurückbesördert wurden, ist nicht die geringste „Unruhe“ mehr vorgekommen. Es ist demnach erwiesen, daß die von den tschechischen Grubenbaronen und ihren Gefinnungsgenossen von der Presse zu einer förmlichen Emence aufgepuffte Affäre von den Arbeitgebern und nicht von den Arbeitern verschuldet war und daß die Forderungen vollkommen berechtigt waren. — Jona hätte sie kaum selbst, die Behörde als solche anerkannt, wie man sich leicht selbst überzeugen kann.

Die italienischen Machthaber scheinen endlich doch einzusehen, daß es auf die Dauer doch unmöglich ist, das Wimmern und Murren des mißglückten sozialen Elends der Halbinsel durch das Sabelkrafft der Häscher und das Geschrei der Treibenstisten zu überleben. Die letzteren insbesondere verlieren immer mehr an Anhang und selbst an Interesse, weil das Volk findet, daß es in Italien auf jeden Fall noch viel Nothwendigeres zu thun gibt, als die „von Fremdherrschern geschickten Prädator“ im italienischen und triestischen zu „besetzen“ und daß vor allem das italienische Volk selbst von Aneidredung, Jüngern und Elend befreit werden möchte, ehe es sich berufen fühlen könnte, Anveru dieser Liebesdienst zu erweisen. Die Sozialisten Italiens haben sich denn auch von allem Anfang an gegen das häußliche Getriebe der Treibenstisten erklärt und darauf hingewiesen, daß es im gemeinigen Italien selbst genig „unerlöste Länder“ gebe: die 3 1/2 Millionen Hektaren ertragsfähigen Landereien, welche angesichts des größten Brodmangels gänzlich unbebaut und die 1 1/2 Millionen, welche versumpft liegen, aber durch rationelle Behandlung leicht wieder urbar gemacht werden könnten! In dessen ist diese prunklose Kulturarbeit den herrschenden „Liberalen“ viel zu langweilig und sie haben weit Wichtigeres zu thun, nämlich die „Politik im großen Stil“, die das Land bereits an den Rand des Bankrotts gebracht, fertig weiter zu treiben. In demonstrativer Weise werden Befestigungen gegen Oesterreich er-

richtet und die Stimmsführer Mezzacapo, Petruccioli zc. schreien wie wahnsinnig nach Vergrößerung des Heeres, Soldaten, Kanonen, Befestigungen und dann nochmals Befestigungen, Kanonen und Soldaten; das ist Alles! — Darin findet der Absgeordnete Petruccioli und finden mit ihm seine Anhänger von der Bourgeoisie die Rettung Italiens!

Da aber, wie gesagt, dieses „nationale“ Betäubungsmittel, eben so wenig vorhält und dem Volk seinen Hunger vergessen, macht als die zahllose Polizei und Justizmaßregeln aller Art, so steht sich die Regierung gedrungen, der hungernden „Kanalle“ und vor allem dem verschmachtenden Landproletariat einen Gnaden- und Beruhigungsknochen — noch nicht gleich hinzuwerfen, sondern darlaug nur zu zeigen. Wahrscheinlich rechnen die schlauen Geschäftsleute in Rom darauf, daß die hungerige Bestie schon durch den bloßen Anblick des Futterbrodens wieder für eine Weile zahm gemacht und zum gebührenden Weiterkauen bewegt werden kann. Für den schlimmsten Fall kann der Köder indessen immerzu auch wirklich preisgegeben werden und wird er den Hungerigen und — Dummen dann sicher eine Zeitlang beschäftigen. Dieser Köder zur Beruhigung des hungernden Volkes besteht nun einerseits aus öffentlichen Arbeiten in großem Umfang, welche der Bauernminister Baccarini zur Beschäftigung der Arbeitslosen versprochen hat und weiter aus der „großen Landvertheilung“, welche der Ministerpräsident Cairoli den Landproletariern der neapolitanischen Provinzen ebenfalls versprochen hat.

Schon unter französischer Herrschaft war dort für Verbesserung der Lage der ackerbau-treibenden Bevölkerung die Vertheilung der aus dem abgeschafften feudalsystem herrührenden Landereien an die Beschloßen angeordnet worden, welche Maßregel jedoch nur zum geringsten Theil zur Durchführung kam. Cairoli will nicht das Verfallene nachholen und mehr als 300,000 Hektaren Land vertheilen, um die bäuerlichen Arbeiter in ihrer gerechten Erwartung nicht zu täuschen und das Proletariat der städtischen Provinzen aus der niedrigen Lage des Tagelöhners zu dem Rang des Ackerbauers zu erheben. Er fordert deshalb die Bezirks- und Lokalbehörden auf, sich „von der im höchsten Sinne humanitären und sozialen Absicht“ der Regierung durchdringen zu lassen und schleunigst statistische Notizen einzusenden und die definitive Maßregel vorzubereiten.

Unsere Ansicht über diese Frage brauchen wir nicht erst des Pängeren anzuführen. Wir sind auch in dieser Beziehung nicht für's Theilen. Wir erstreben in den Konzentrationprozess des Grundeigentums hindernd einzugreifen und schon vorhandenes Staatseigentum, gleichviel ob durch Kauf oder Schenkung in den individuellen Besitz zurückzuführen, muß vielmehr allmählig der ganzen heute noch in Privat Händen befindliche Grund und Boden in den öffentlichen Besitz übergeführt werden. Wie ökonomisch widersinnig die Cairoli'sche Landvertheilung — angenommen, daß sie wirklich zur Ausführung kommt und daß weiter wirklich die Armen allein Land erhalten und nicht das beste Stück wieder der herrschenden Klasse in den Taschen fällt — ist, werden Ihre Erlöse schon nach wenigen Jahren zeigen. Die neuen Landeigentümer, die nicht als ihr Parzellen unkulturirten Boden haben, müssen sich, um die nöthigen Gebäude, Werkzeuge Samen, Vieh zc. zu kaufen und bis zum ersten Ertrag leben zu können, schon von Anfang an in die Schuldnerschaft des Kapitals begeben, denn in den ersten fünf Jahren oder wirtschaftlichen Unglück, dem sie — oder lang verfallen. Nach 10—15 Jahren ist höchstens noch ein „naivster Theil“ der ursprünglich mit Land Vertheilten im Besitz des ihm vom Staate so großmüthig geschenkten, während die übrigen neunzehn Zwanzigstel wieder nichts besitzen, der auf die Restoration des Bodens beworbene Schweiß der vorübergehenden Kleinrentner oder vom Kapital eingeherrmt ist, das sonach den alleinigen Gewinn gezogen hat! Eine wirkliche Verbesserung des Landproletariats kann sonach durch die Cairoli'sche Landvertheilung nicht eintreten und geben sich hierüber auch Cairoli und seine Gefinnungsgenossen selbst keiner Täuschung hin. Es handelt sich für sie nur darum, die misera plebs hinzuhalten und zu täuschen und diesen Zweck werden sie bei der Verschäuflichkeit des Volkes auch bis zu einem gewissen Grad und auf eine Zeit lang erreichen.

Zu all seinen andern Nothen: dem Massenelend, der Arbeitslosigkeit, dem Hungertypus, der Auswanderung und den ganz unerhörten und sich immer weiter ausdehnenden, die Schrecken von Syzodia noch weit überwiegenden Verwüstungen des Hochwassers — hat Spanien seit Jahrzehnten auch noch an dem cubanischen Uebel zu laboriren. Bekanntlich existirt die Sklaverei unbeschränkt von allen indischen Ländern der Erde nur noch auf der Perle der Antillen. Zwar sind schon verschiedene Anläufe zur Befreiung dieser schmachvollen Institution gemacht worden, aber sie haben bis jetzt noch nie zum Ziel geführt. Unter der Regierung Amadeos war die Aufhebung der Sklaverei beschlossene Sache, aber sie kam unter ihr ebensowenig zur Ausführung, wie unter der ihr folgenden Republik. Daß die Frage gerade unter der jetzigen bourbonischen Regierung wieder auf's Tapet kommt, ist natürlich nicht etwa deren Humanität und Freisinnigkeit, sondern lediglich der Erfahrung zu danken, daß die Dinge auf Cuba unendlich mehr in der bisherigen Weise fortgehen können. Die menschen- und eigentumsberaubenden Insurrektionen hören in Cuba nie auf und das benachbarte Nordamerika sieht längst mit begehrlichen Blicken nach der herrlichen Insel und reißt sich die Hände, wenn die Cubaner an einer Ordnung ihrer Angelegenheiten minnet mehr bezweifeln und ihre Hoffnungen auf die Union setzen. Die Frage der Abschaffung der Sklaverei steht daher seit Eröffnung der letzten Cortessession auf der Tagesordnung und die Verhandlung der für Ausarbeitung eines diesbezüglichen Gesetzesunterwerfen niedergeschickten Kommission nehmen das allgemeine Interesse in Anspruch. Jetzt endlich ist diese Kommission zu Beschließen gekommen. Aber zu welchen! Während die Regierung selbst, resp. die Generale Martinez Campos und Prendergast und der Intendant Villamil, welche sammtlich — der erste als Gouverneur, die andern als sein Generalkommandant und Finanzdirektor — auf Cuba dienen, die sofortige und gänzliche Aufhebung der Sklaverei ohne irgend eine Entschädigung verlangen, und trotzdem General Martinez Campos kein Hehl daraus machte, daß die spanische Herrschaft über die Antillen, wol auch die Beziehungen

zu den Vereinigten Staaten, neben dem Wohlergehen der Kolonie von der prompten Lösung dieser Frage abhängen.

Und dieses infame Masseninteresse trägt vollständig den Sieg davon. Nach dem angenommenen Gesetzentwurf sollen von den fast 200,000 Sklaven nur jene sofort freigegeben werden, welche 55 Jahre alt sind und die seit 4. Juli 1870 geborenen Kinder.

Das dieser Sklavenhalter-Gesetzentwurf im Verein mit der damit im kausalen Zusammenhang stehenden Verzögerung freihändlerischer Handelsreformen und der Ablehnung der Ausdehnung des Stimmrechts auf Cuba sehr böses Blut macht.

Über die Zustände in Polen, über welche bisher so wenig Verlässliches in die Oeffentlichkeit drang, sind wir durch die gründliche Gründung eines polnischen Parteiorgans, des schon erwähnten „Kownoſch“, nun in der Lage, verlässliche und genauere Informationen zu können.

Die Mauer der Warschauer Citadelle umschließen gegenwärtig 60 gefangene Sozialisten, von denen ein Theil im August 1878, der andere vor ungefähr sechs Monaten verhaftet worden ist. Unter der letzteren Gruppe befinden sich auch 6 Frauen.

Der Sozialismus und was mit ihm auch nur im entferntesten zusammenhängt, gegenüber unterdrückt sich das „liberale“ und „konstitutionelle“ Desinteresse nur wenig von dem „heiligen Russland“.

hygienischen Verhältnissen. Die Luft, welche sie athmen, und die Nahrung, welche sie genießen müssen, erzeugen Typhus und hitzige Fieber. Der Student Ludwig Wagnitz ist daran zu Grunde gegangen, indem er sich durch Verhungerung tödtete, weil die Behörden den Kranken weder in's Spital aufnahm, noch ihm bessere Nahrung gaben.

Und alle diese unerhörten schändlichen Dinge geschehen in einem Staat, dessen Verfassung die Freiheit der Presse und der Rede gewährleistet. Aber welche Verfassung hält ihre Versprechungen, sobald die „Staatsraison“ es anders fordert?

Die russische Regierung hat gegenwärtig entschieden Vech und zwar nicht nur in Europa, sondern auch in ihrer eigentlichen Domaine und Heimath Asien. Die Nachricht, daß die zarischen Truppen bereits bis Nernv vorgezogen seien, hat sich als eine große Lüge herausgestellt.

Eine zweite, wenn auch unverhältnismäßig kleinere, doch für die Zustände im absolutistischen Zarenreich bezeichnende Schlappe haben die Russen in Ostibirien erlitten. Zwei kirgisische Gemeinden russischer Zugehörigkeit wollten sich der sanften Gewalt der Petersburger Regierung entziehen und zogen deshalb mit ihren Heerden auf sibirisches Gebiet.

Desto mehr Bravour entfalten dagegen die zarischen Soldaten gegen unbewaffnete Menschen, als es am 15., 16. und 17. ds. in Kasan gelegentlich der Entdeckung einer „nihilistischen Verschwörung“ — also gibt's doch noch Nihilisten? — zu Unruhen und Straßenaufläufen kam.

Am 25. Oktober nun ist gegen diese Mörder das Urtheil gesprochen worden und zwar wurden 14 Theilnehmer ganz freigesprochen, die drei überwiegen und für schuldig erkannten Ankläger des Mordes aber vom Gerichtshof zu einer „kleinen Kirchenbuße“ verurtheilt.

Die Mörder frei, die Barbaren begünstigt, die Todtschläger im Amt, die Schufte am Kommando, die Vorkämpfer der Kultur und Freiheit aber auf dem Schaffot, auf der Folter und lebendig begraben — wech herrliches, starkes Reich und wie große Verbrecher die, welche sich erlauben, diesem geordneten Zustand so oder so ein Ende zu machen!

Der vielbesprochene „kommunistische“ Aufstand in einem waldreichen Theil der Republik Columbia hat sich nun wirklich als das herausgestellt, was wir von Anfang an mutmaßten. Es handelt sich einfach um einen ganz gewöhnlichen Banditenstreich, indem eine Bande heutzutageigen Gesindel's unter Anführung eines abgelegten Alcalde (Gemeindebeamten) die Kaufmannshäuser und zwar namentlich die ausländischen, reicherer Angriff und sie ausplünderte, wobei es zwischen den angreifenden Banditen und den sich verteidigenden Kaufleuten zu einem Kampf kam, in welchem verschiedene der letzteren, namentlich mehrere deutsche, getödtet wurden.

B. Solingen, 25. Oktober. Am 17. ds. war gegen den Genossen Jakob Kahl von hier Hauptverhandlung vor der Strafkammer des Oberverschiedenrichters angelegt, auf Grund der Anklage, die „Freiheit“ verbreitet zu haben. Trotz aller Mühe, die sich die Staatsanwaltschaft in den 11 Wochen, während welcher Kahl in Untersuchungshaft war, gegeben hätte, war es derselben doch nicht gelungen, andere belastende Momente beizubringen, als die Anzeige des Polizeikommissärs von Solingen. Man kann sich demnach das Ertrauen des Auditoriums denken, als dieser Grund- und Streichfeller der Anklage und wirklich „klassische“ Zeuge erklärte, daß er trotz seiner eifrigen Nachforschungen, trotz aller Hausdurchsuchungen leider nicht im Stande gewesen sei, für die Behauptung der Anklage, daß Kahl die Blätter verdruckt, auch nur den geringsten Anhaltspunkt zu gewinnen.

Man sieht, die preussischen Staatsanwälte geben nicht. Selbige es, die Anklage durchzuführen, um so besser, dann tritt zur Vorhoff auch die Strafbart hinzu; gestügt das nicht, dann hat der unzulässige Angeklagte immerhin mehr Wochen abgelesen, als wenn er im Schuldvolle verurtheilt worden wäre! Demnach muß er aber, wenn er Sozialist ist, auf alle Fälle! Der Altendelph ist sich so beliebtig verzögern und die Untersuchungshaft dadurch ganz nach Wunsch verlängern. Eine prächtige Justizpflege, bei der man rechtlos der Willkür des Staatsanwaltes Precht gegeben!

G. Tübingen, 24. Oktober. Heute wurde hier vor der Strafkammer des Landgerichts ein Sozialistenprozeß verhandelt. Als Angeklagte erschienen die beiden Reutlinger Sozialisten, Apotheker Heisterlein und Ladumacher Walz, unter der Beschuldigung, verbotene Schriften verbreitet zu haben. Die neuer Zeit sühlich, war es die Post, die diesen Prozeß veranlaßte und zwar diesmal die in Kahlhausen im Elsas. Dieses realistische Mittel überließerte ein an Walz und ein an Heisterlein adressiertes Couvert. Je mit einer Nummer der „Freiheit“, der Staatsanwaltschaft. Danach wurden die Adressaten befragt und verhört. Obgleich man nicht der geringste Beweis gegen ihn vorlegte, ließ sich Heisterlein durch die gleichzeitige Drohung des Untersuchungsrichters, ihn im Fall er nicht gehöre, sofort verhaften zu lassen, einschüchtern und gab amaranfänger Weise zu, daß er das Couvert selbst verbreitet habe. Walz dagegen bestritt das und wurde hierauf verhaftet, indes entließ man ihn nach 8 Tagen wieder, ohne daß er etwas gefanden hätte. Angeklagt wurde er aber trotzdem und zwar aus einem höchst unglücklichen Grunde. Von den ge-Heisterlein Blättern war nämlich das an Walz adressierte Nr. 31, das an Heisterlein adressierte Nr. 32, daraus schloß aus der Staatsanwalt, ein Herr Schaefer, beide hätten das Blatt gemeinschaftlich bezogen, so daß immer eine Nummer an Walz und die nächste an Heisterlein adressiert worden sei und einer habe dem andern die Nummer, die er erhalten, abgeliefert, das Blatt also verbreitet!

Dem Staatsanwalt schienen indessen doch selbst Zweifel aufgetaut zu sein, ob eine solche Anklage zu einer Verurteilung führen konnte. Denn kurz vor der Verhandlung verließ er auf ein originales Mittel, um weiteres Material gegen Walz zu bekommen. Er ließ sich nämlich von der Reutlinger Polizei die Prospektionsliste sämtlicher Reutlinger Sozialisten geben und ließ von dem darin Genannten acht (neun?) Ladumacher als Zeugen darüber vor, ob Walz ihnen verbotene Schriften gegeben habe. Diese Zeugen wußten aber glücklicherweise nichts Günstiges, so daß der Staatsanwalt mit seinem schlauren Auskunftsmitel abfiel.

Es war daher für Walz, der sich glänzend verteidigte, ein Verdict die Anklage in ihr Nichts zurückzuführen. Er wurde freigesprochen, Heisterlein dagegen nach einer verbotenen Rede seines Verteidigers, Advokat Böcher, zu R. 100 Strafe und die Kosten verurtheilt. — Die Genossen allerwärts im Reich mögen aus dem Vorgehen des hiesigen Staatsanwaltes eine gute Lehre ziehen. Der zukünftig verbotene Schriften verbreitet, der thue das womöglich anonym, so daß Derjenige, dem man etwas anstellt, gar nicht weiß, woher es kommt! Man werfe das betreffende Blatt dem Genossen in die Stube, man stecke es ihm unter's Bett in die Rocktasche u. s. w. u. s. w. Wer dann von irgend einem pfiffigen Staatsanwalt als Zeuge vorgezogen wird, kann ruhig schweigen! Der Angeklagte hat mir nie etwas Verstecktes gegeben!

Recht eines verdient aus diesem Prozeß demerkt zu werden: in der „Freiheit“ vom 13. September enthalten reiner Reutlinger Korrespondenz, worin das Verfahren gegen Walz treffend geschildert wurde. Diesen Artikel schickt der Berliner Polizei-Präsident aus und sandte ihn dem Staatsanwalt wieder, mit der Aufforderung, er möge Nachforschungen nach dem Artikelschreiber anstellen.

Die Münzler Behörde-Untersuchungs-Kommission seligen Andenkens ist also wieder auferstanden als Behörde Polizei-Präsident und der preussische Stieber streckt seine langen Finger unbehindert bis an die Nase des Reichs.

Filialexpeditionen des „Sozialdemokrat.“

In London. Der „Sozialdemokrat“ zu beziehen und zwar frei ins Haus 2 Sh., selbst abgeholt bei der untenstehenden Adresse und in den Versammlungen 1 Sh. 6 d. per Quartal, durch W. Hoffmann, 37 A. Prince Street, Lombard Square London W.

In Paris. Die Filial-Expeditionen des „Sozialdemokrat“ im Monats- und Quartalsabonnement: Blum, 66 rue Montorgueil. Trapp, 65 rue de Valenciennes, Hotel Baldrian. Voss, 5 rue de Louis.

Am unterzeichneten Verlag erscheint demnächst:

Rechenschaftsbericht socialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstages.

über ihre parlamentarische Thätigkeit während des Jahres 1878-79. Preis 25 Cts. = 20 Pf.

Bestellungen auf dieses für die Kenntnis der politischen Geschichte Deutschlands und der Stellung und Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie seit den Attentaten sehr wichtige Aktenstück werden schon jetzt entgegengenommen und zwar außer beim Verleger bei allen bekannten Agenten des „Sozialdemokrat“, sowie bei der Schweizerischen Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich. A. HERTER, Industriehalle, Riesbach-Zürich.